

SOLIDARITÄT



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 12 • 35. Jahrgang

Berlin, den 23. März 1929

Bekanntmachungen

Die nach dem Deutschen Buchdrucker-Tarif zuständige Tarifkommission hat in ihrer Tagung vom 11. bis 14. März 1929 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Spitzenlohn wird von 56 RM. auf 58,50 RM. erhöht.
2. Die sich aus der Spitzenlohn-erhöhung für die einzelnen Lohn- und Ortsklassen ergebenden Beträge sind auf alle bestehenden Löhne zu zahlen.
3. Dieses Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. April 1929 ab in Kraft und läuft bis einschließlich 30. Juni 1930. Wird das Abkommen nicht zwei Monate vor dem 30. Juni 1930 gekündigt, so läuft es mit derselben Kündigungsfrist jeweils sechs Monate weiter.

Berlin, den 14. März 1929.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
Ridfeldt. Dr. Woelfel.

Verband der Deutschen Buchdrucker.
Otto Krauß. B. Schweiß.

Gutenberg-Bund.
Paul Thranert.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands.

Ernst Hornke. Otto Gloth.

Graphischer Zentralverband.
H. Hornbach.

Zum Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdrukker-Hilfspersonal

Die vertragsschließenden Organisationen haben in ihrer Tagung vom 11. bis 14. März 1929 folgenden

Nachtrag zu dem Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdrukker-Hilfspersonal vom 30. März 1927 beschlossen:

Der § 1 Ziffer 1 erhält folgende neue Fassung:

Der Tarifvertrag gilt für alle in Buch- und Zeitungsdrukkerieen im Deutschen Reich beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen. Unter den Begriff Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Sinne dieses Tarifvertrages fallen alle in technischen Betrieben der Buch- und Zeitungsdrukkerieen überwiegend beschäftigten Personen, welche die in diesen Betrieben ausgeübten Berufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben und eine mindestens einjährige ununterbrochene Berufstätigkeit nachweisen können.

Der Tarifvertrag gilt ferner für alle mit Buchdruckerhilfsarbeiten auch in anderen Unternehmungen beschäftigten Personen im Deutschen Reich, soweit nicht andere Tarifverträge in bindender Form, d. h. unter Zustimmung der an diesem Reichstarif beteiligten Arbeitnehmer-Organisationen abgeschlossen sind. Unter den Begriff Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Sinne dieses Abkages fallen alle bei der Herstellung von Buchdruckerarbeiten mit Hilfsarbeiten überwiegend beschäftigten Personen, welche die im Buchdruckerberufe ausgeübten Einzelberufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben und eine mindestens einjährige ununterbrochene Berufstätigkeit nachweisen können.

Berlin, den 14. März 1929.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.
Ridfeldt. Dr. Woelfel.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter u. -arbeiterinnen Deutschlands.

Ernst Hornke. Otto Gloth.

Graphischer Zentralverband.
H. Hornbach.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen

Die nebenstehenden beiden Bekanntmachungen zeigen unseren Mitgliedern das Ergebnis der Lohnverhandlungen im Buchdruckerberufe, die vom 11. bis 14. März in Berlin von den Vertretern der Tarifparteien geführt wurden. Wie schon kurz mitgeteilt, hatten die Beauftragten der Arbeiterschaft im Buchdruckerberufe eine Lohnerhöhung von 6,50 M. wünschentlich auf den tariflichen Spitzenlohn gefordert. Die Unternehmer stellten zu Beginn der Verhandlung den Gegenantrag, das bestehende Lohnabkommen auf zwei Jahre zu verlängern. Es sah fast so aus, als ob eine Einigung nicht möglich sein würde. Und doch ist es zu einer Verkündigung gekommen, ohne daß die Parteien das Zentralarbeitsamt anzurufen brauchten.

Die Geneigtheit der Unternehmer, zu einer Lohnvereinbarung ohne Hilfe der unparteiischen Stelle zu gelangen, zeigt, daß sie endlich die volle Verantwortung für einen Abschluß auf sich zu nehmen geneigt sind. Mit der, wenn man will, bequemen Art, andere mit der Entscheidung über die Lohnhöhe zu belasten, soll endgültig gebrochen werden. Aus den Schlussworten des führenden Vertreters der Prinzipale war diese Auffassung zu entnehmen.

Die Vertreter der Arbeiterschaft sahen in dem bisherigen Verlauf der Lohnverhandlungen, die jedesmal vor dem Schlichter erst zum Abschluß kamen, kein Arbeitwertes Ziel. Ungern wurde oft von der tariflichen Bestimmung, die die Anrufung des Zentralarbeitsamts zur Pflicht macht, wenn die Parteien sich nicht einigen können, Gebrauch gemacht. Es mußte aber sein, da sonst ein Ergebnis nicht zustande gekommen wäre. Mit Ach und Krach wurde meistens ein Spruch gefaßt, der immer das bittere Gefühl hinterließ, benachteiligt worden zu sein. Die letzte Entscheidung vor dem Zentralarbeitsamt lieferte den Beweis einer für die Arbeiterschaft ungerechten Behandlung in der Lohnfrage. Auch wir wollen hoffen, daß die Art der Schiedssprüche endgültig hinter uns liegt.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen, eine Erhöhung des tariflichen Spitzenlohnes um 2,50 M., ist in mühevoller, langwieriger und nervenaufreibender Arbeit zustande gekommen. Der ersten Abgabe der Prinzipale folgte eine über den ganzen ersten Verhandlungstag gehende Debatte in der Tarifkommission, an der sich wechselseitig Vertreter beider Parteien beteiligten. Sie endete mit der Einsetzung einer Kommission, aus je sieben Mitgliedern bestehend, die zu einer Einigung zu kommen unausgesetzt bemüht war und von Zeit zu Zeit dem Plenum Bericht von dem Stande der Verhandlungen erstattete. Bis in die späten Abendstunden zogen sich die Beratungen hin, bis endlich am vierten Tage die Parteien erst gesondert zu dem Ergebnis Stellung nahmen und dann gemeinsam die Arbeit der Kommission zum Beschluß erhoben.

Die Höhe der Zulage wird nicht überall mit Befriedigung aufgenommen werden; der Arbeiterschaft im Buchdruckerberufe wird sie meist zu niedrig, vielen Unternehmern zu hoch sein. Wir dürfen bei Beurteilung des Verhandlungsergebnisses nicht außer acht lassen, daß die Abschlüsse in anderen Gewerben und Industrien unsere Lohnverhandlungen ungünstig beeinflusst haben. Versorgt man die Verhandlungsberichte in den Zeitungen, so wird man erkennen, daß oft recht magere Ergebnisse herausgekommen sind, nicht selten sogar das bestehende Lohnabkommen durch den Schlichter verlängert wurde. Die wirtschaftliche Lage anderer Gewerbe und die Lohngestaltung dort bleibt natürlich nicht ohne Einwirkung auf unser Gewerbe. Wir wollen mit diesem kurzen Hinweis beileibe keinen Entschuldigungszettel für unsere Verhandler schreiben, den haben sie gar nicht nötig. Wir sind sogar der Ansicht, daß das Resultat der Verhandlungen volle Anerkennung verdient. Die obige kurze Deutung sollte nur zur Beurteilung der Sachlage dienen.

Die Ziffer 2 in der Bekanntmachung über das Lohnabkommen ist durch die eigenartige Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts nötig geworden. Das Reichsarbeitsgericht hat bekanntlich entschieden, daß die Erhöhung des Tariflohns sich nicht auch auf die Leistungslöhne erstreckt, sofern die Tarifparteien ausdrücklich nichts anderes vereinbaren. Da den Unternehmern im Buchdruckerberufe diese Entscheidung genau so wie uns bekannt ist, bestand die Gefahr bei einigen, vielleicht auch bei vielen Unternehmern, die Lohnerhöhung nur den zum Mindestlohn arbeitenden Kollegen und Kolleginnen zu gewähren, so daß die mit übertariflicher Bezahlung bedachten Mitglieder leer ausgegangen wären. Voricht war also hier am Platze, und daher die Bestimmung im Lohnabkommen, daß die Zulage auf alle bestehenden Löhne zu zahlen ist.

Die zweite Bekanntmachung über die Änderung des § 1 Ziffer 1 unseres Tarifvertrages ist ebenfalls durch die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts veranlaßt worden. Die bisherige Fassung dieses Paragraphen mit der Bestimmung, daß der Tarif auch für Buchdruckerbetriebe anderer Unternehmungen im Deutschen Reich gilt, sofern für die dort beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht andere Tarife bindend sind, genügt nicht, um den in Hausdruckerbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen ihre tariflichen Rechte zu sichern. Die hohen Richter in Leipzig entschieden zweimal zu unserem Ungunsten. Die Bestimmung mußte also beseitigt und durch eine andere ersetzt werden. Die Tarifparteien glauben mit der neuen Fassung des § 1 das Richtige getroffen zu haben. Dem Reichsarbeitsministerium wird ein Antrag zugehen, die Vereinbarung für allgemeinverbindlich zu erklären.

Das Ergebnis der diesjährigen Lohnverhandlungen wird als beachtlicher Erfolg gewertet werden müssen. Wir sind wieder ein Stück in der Entwicklung zu einem gerechten Lohn weiter gekommen. Daß die neue Lohnvereinbarung zwischen den Parteien ohne Hilfe Dritter zustande kam, berechtigt zu der Hoffnung, daß auch bei den Unternehmern eine neue, für beide Teile bessere Taktik aufkommt, die nicht ohne Wirkung auf die in den Betrieben stehenden Kollegen und Kolleginnen bleiben wird. Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit beim Arbeiter sehen Verständnis für seine wirtschaftliche Lage beim Unternehmer voraus, ein Verständnis, das nicht nur in schönen Worten zum Ausdruck kommen darf, dem auch schöne Taten folgen müssen. Ein kleiner Anfang ist gemacht. Jedem Betriebsinhaber ist es unbenommen, noch aus eigenem freien Entschluß mehr zu tun, sofern die Betriebsergebnisse es gestatten. In vielen Betrieben wird das der Fall sein, die finanzielle Anerkennung für geleistete Arbeit seines Personals bringt dem Betriebsinhaber selbst größten Nutzen.

Der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften

Es ist kein Zweifel, daß sich der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften immer mehr zuspitzt. Die Unternehmerverbände haben durch eine geschickte Beeinflussung der bürgerlichen Presse den Boden für einen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik vorbereitet. In welchem Zusammenhang es auch sei; immer wieder liest das staunende Publikum, daß die verpönte Sozialpolitik an allem Unglück die Schuld hat. Nach Meinung dieser Leute hätten wir mit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht mehr zu rechnen, wenn die sogenannten sozialen Lasten erleichtert, das verpönte Schlichtungsverfahren und andere Fürsorgemaßnahmen gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmens verschwinden würde. Es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und zur Gegenoffensive zu rufen.

Tarifliche Mindestlöhne für das Buch- und Zeitungsverlagswesen, gültig ab 1. April 1929

Männliche Hilfsarbeiter im Alter von

Ortszuschlag	über 24 Jahren		21 bis 24 Jahren		18 bis 21 Jahren		17 bis 19 Jahren	
	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.
ohne	1,65	38,61	1,40	32,76	1,25	29,25	1,05	24,57
2 1/2 Prozent	1,70	39,58	1,44	33,58	1,28	29,98	1,07	25,18
5 Prozent	1,73	40,54	1,47	34,40	1,31	30,71	1,10	25,80
7 1/2 Prozent	1,78	41,51	1,51	35,22	1,34	31,44	1,13	26,41
10 Prozent	1,81	42,47	1,54	36,04	1,38	32,18	1,16	27,03
12 1/2 Prozent	1,86	43,44	1,58	36,86	1,41	32,91	1,18	27,64
15 Prozent	1,90	44,40	1,61	37,67	1,44	33,64	1,21	28,26
17 1/2 Prozent	1,94	45,37	1,64	38,49	1,47	34,37	1,23	28,87
20 Prozent	1,98	46,33	1,68	39,31	1,50	35,10	1,26	29,48
22 1/2 Prozent	2,02	47,30	1,71	40,13	1,53	35,83	1,29	30,10
25 Prozent	2,06	48,26	1,75	40,95	1,56	36,56	1,31	30,71
Hannover	2,06	48,58	1,78	41,56	1,60	37,35	1,36	31,78
Bresden, München, Stuttgart Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig	2,12	49,59	1,81	42,42	1,62	38,12	1,38	32,39
	2,19	51,10	1,88	43,88	1,69	39,49	1,44	33,64

Weibliche Hilfsarbeiter

Ortszuschlag	Anlegerinnen im Alter von						Ortszuschlag	Sonstige Hilfsarbeiterinnen					
	über 21 Jahren		19 bis 21 Jahren		17 bis 19 Jahren			über 21 Jahre		19 bis 21 Jahre		17 bis 19 Jahre	
%	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.	%	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.	Zulage m.	Wochen- lohn m.
ohne	1,12	26,21	1,04	24,34	—,94	22,—	ohne	—,90	21,06	—,82	19,19	—,74	17,82
2 1/2	1,14	26,86	1,06	24,94	—,97	22,55	2 1/2	—,93	21,59	—,84	19,67	—,76	17,75
5	1,18	27,52	1,09	25,55	—,99	23,10	5	—,94	22,11	—,86	20,15	—,78	18,18
7 1/2	1,20	28,17	1,12	26,16	1,01	23,65	7 1/2	—,97	22,64	—,88	20,63	—,79	18,61
10	1,23	28,83	1,14	26,77	1,04	24,20	10	—,99	23,17	—,91	21,11	—,82	19,05
12 1/2	1,26	29,49	1,17	27,38	1,06	24,75	12 1/2	1,01	23,69	—,93	21,59	—,83	19,48
15	1,29	30,14	1,20	27,99	1,09	25,30	15	1,04	24,22	—,96	22,07	—,85	19,91
17 1/2	1,31	30,79	1,22	28,59	1,11	25,85	17 1/2	1,06	24,75	—,97	22,55	—,87	20,35
20	1,34	31,45	1,24	29,20	1,13	26,40	20	1,08	25,27	—,99	23,03	—,89	20,78
22 1/2	1,37	32,10	1,27	29,81	1,16	26,95	22 1/2	1,10	25,80	1,01	23,51	—,90	21,21
25	1,40	32,76	1,30	30,42	1,18	27,50	25	1,13	26,33	1,03	23,99	—,93	21,65
Hannover	1,44	33,70	1,34	31,45	1,22	28,64	Hannover	1,18	27,52	1,08	25,27	—,99	23,03
	1,47	34,40	1,37	32,10	1,25	29,24		1,20	28,09	1,10	25,80	1,01	23,51
	1,53	35,69	1,43	33,35	1,30	30,42		1,25	29,25	1,15	26,91	1,05	24,57

* Bresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Köln, Leipzig.

Nach § 4 Ziffer 1 des Verbandsstatuts sind die sich aus den neuen Lohnlisten ergebenden Beitragserhöhungen ab 14. Beitragswoche (vom 31. März bis 6. April) erstmalig zu zahlen.

Eine aktive Sturmfront für das Unternehmertum ist der Hanjabund. Bereits früher hat er mit Denkschriften die Öffentlichkeit bombardiert, in denen in scharfster und demagogischer Weise gegen die Sozialpolitik gehetzt wurde. Neuerdings, wird, von diesem jamosen Bund wiederum eine Denkschrift vertriebt, die zu den Steuerentlastungen der Regierung Stellung nimmt. Bekanntlich vertrieben sich die bürgerlichen Parteien hinter allerhand Ausreden, wenn sie vom Reichsfinanzminister aufgefordert werden, positive Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages im Reichschatz zu machen. Nun ist der Hanjabund in die Reihe getreten mit einem Vorschlag, der eine Ersparung von 400 Mill. M. an Ausgaben vorsieht. Der größte Teil dieser Sparvorschläge entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit 266 Mill. M. Die fortbauenden Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuerüberweisungen) sollen mit 69 Mill. M. die des Reichswehrministeriums mit 35 Mill. M. und die des Verkehrsministeriums mit 17 Mill. M. gekürzt werden. Bei den einmaligen Ausgaben sollen 51 Mill. M., darunter 12,4 beim Reichswehrministerium und 10,6 beim Verkehrsministerium abgestrichen werden.

Man muß sagen, daß der Hanjabund aufs Ganze geht. Bei den Streichungen der Ausgaben des Reichsarbeitsministers handelt es sich um folgende: Durch Aufhebung des § 205 d der Reichsverfahrensordnung soll das Reich von der Leistung des Zuschusses zur Familienwohnenhilfe befreit, der dafür eingestellter Betrag von 32 Mill. M. gestrichen und den Krankentassen auferlegt werden. Ferner soll aus dem Reichshaushalt die Summe von 163,9 Mill. M. gestrichen werden, die das Reich der Invalidenversicherung zur Befriedigung von Rentenansprüchen zu zahlen hat. Darüber hinaus sollen 20 Mill. M. Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung (Pauschalbeiträge) gestrichen werden. Bei der Krisenfürsorge und der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge schlägt der Hanjabund die Kürzung des Etats in Höhe von 175 Mill. M. um 55 Mill. M. vor. Man bedenke, daß der Arbeitsmarkt sich zur Zeit in einer Lage befindet wie noch niemals zuvor. Der Hanjabund leidet keine Großzügigkeit in dieser Frage von der Meinung her, daß die Einleitung einer umfassenden Neuorientierung auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und somit zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen würde. Würkte man nicht, daß die Herren des Hanjabundes quietisbergnützig auf Erden wandeln, so könnte man annehmen, daß sie auf dem Monde leben. Es gehört schon eine große Unkenntnis über die Antriebskraft der Wirtschaft dazu, wenn man annimmt, daß durch die Ersparung der sozialpolitischen Ausgaben eine ungeheure Blütezeit der Wirtschaft eintreten würde.

Die Denkschrift des Hanjabundes, das tägliche Trommelfeuer in der Presse, die Kampfmaßnahmen der Unternehmerverbände und vieles andere bietet den entscheidenden Hintergrund für die große Offensive, die man gegen die Arbeiterklasse einleiten beabsichtigt. Da eine Reichsregierung mit einem sozialistischen Einschlag vorhanden ist, hält man einen energischen Vorstoß am geeignetsten. Die Arbeiterchaft muß sich darüber klar sein, was sie zu tun und zu lassen hat. In der Sozialpolitik darf es kein Zurück geben. Die Errungenschaften auf diesem Gebiete sind das Ergebnis einer jahrelangen Gewerkschaftsarbeit. Deshalb ist scharfster Widerstand und nötigenfalls eine energische Gegenoffensive am Platze.

Gewerkschaftshäuser

In Nr. 2 der „Bundes-Mitteilungen“ für die Ortsauschüsse des DGB, findet sich ein Artikel unter der Überschrift „Errichtung und Erweiterung von Gewerkschaftshäusern“, den wir unseren Mitgliedern vollinhaltlich zur Kenntnis bringen. Die in diesem Aufsatze vom Bundesvorstand vertretene Ansicht deckt sich vollkommen mit der des Verbandsvorstandes. Die Kollegen und Kolleginnen sollten im Sinne dieser Darlegungen auf die Ortsauschüsse einwirken. Eine finanzielle Beihilfe zum Bau oder zur Erweiterung von Gewerkschaftshäusern durch die Verbandskasse ist gänzlich ausgeschlossen. Die oft recht starke Belastung der Mitglieder durch Extrabeiträge für den gedachten Zweck schafft Unmut unter der Kollegenchaft, der sich vielfach schon durch Zuschriften an die Verbandsleitung bemerkbar gemacht hat. Wir lassen hier den Artikel folgen:

Sofern sich unsere Ortsauschüsse einmal die Mühe machen würden, die zurückliegenden Jahrgänge der „Bundes-Mitteilungen“ durchzusehen, so würden sie sehr schnell finden, daß wir wiederholt, und teils sehr eingehend, vor der unüberlegten Gründung neuer Gewerkschaftsausnahmehäuser gewarnt haben. Besonders nachdrücklich ist dieses im Jahre 1925 geschehen, weil damals eine ganze Reihe von Ortsauschüssen des Glaubens schien, durch Verschwendung von Sammellosen, Lotterielosen, Postkarten und ähnlichen Dingen die Mittel für den Erwerb eines eigenen Hauses im ganzen Reiche zusammenzuschornen zu können. Schon 1925 haben wir aber auch darauf verwiesen, daß es nicht angehen kann, daß die Ortsauschüsse von den Zentralvorständen die Hergabe von Baudarlehen erbitten, weil die Mittel für örtliche Einrichtungen an den betreffenden Orten selbst aufgebracht werden müssen.

Anschließend sind alle früheren Darlegungen über dieses Thema bei verschiedenen Ortsauschüssen vollkommen in Vergessenheit geraten, aber es herrscht bei ihnen der Glaube vor, sie dürften sich darüber hinweg-

sehen. Eine andere Erklärung läßt sich nicht finden, wenn wir der Beschwerde nur eines Zentralvorstandes entnehmen müssen, daß sich in den letzten Wochen nicht weniger als sechs Orte, darunter große Orte wie Kiel, Zwidau, Mannheim, an ihn gewendet haben, um Bausgelder für ihr Gewerkschaftshaus zu bekommen. Mit Recht wird in der Beschwerde gesagt, daß es so nicht weitergehen könne, und verlangt, daß der Bundesvorstand Maßnahmen zu treffen habe, die diesem unhaltbaren Zustand ein Ende machen.

Diese Häufung der Fälle, wo die Ortsauschüsse glauben, ihre Geldbedürfnisse für das Gewerkschaftshaus bei den Zentralvorständen bedenken zu können, ist eigentlich das beste Schulbeispiel dafür, daß es so nicht geht. Wo hin kämen denn die Verbände, wenn sie ihr Vermögen in dieser Weise verzerren und festlegen wollten! Das Unglück ist leider, daß jeder Ortsauschluß immer nur seine Schmerzen kennt und seinen Fall als die Ausnahme betrachtet, die allein und in erster Linie Berücksichtigung erfordert, während sich die Verhältnisse in Wirklichkeit überall vollkommen gleichbleiben. Um deswillen müssen wir aber auch darauf bestehen, daß die Mittel für örtliche Einrichtungen am Orte selbst aufgebracht werden. Wo die Möglichkeit dazu fehlt, ist der Gedanke der Errichtung eines eigenen Gewerkschaftshauses oder die Absicht einer Erweiterung des schon bestehenden Unternehmens ein völlig verkehrtes Beginnen, dessen Unterstützung dem Bundesvorstand oder den Vorständen der Verbände nicht zugemutet werden darf. Der Bundesvorstand kann deshalb in keinem Falle den Zentralvorständen die Hergabe von Geldern für solche Zwecke empfehlen, er muß vielmehr allen Verbandsvorständen nahelegen, sich auf derartige Verhältnisse nicht einzulassen. Von den Ortsauschüssen müssen wir fordern, daß sie ihrerseits derartige Anträge an die Verbandsvorstände nicht mehr stellen, da sie ergebnislos bleiben werden, aber trotzdem unliebsame Beschwerden zur Folge haben müssen.

Die infolge des eben gerügten Vorgehens einiger Ortsauschüsse wieder notwendig gewordene Behandlung der Gewerkschaftshausfrage gibt uns Veranlassung, die früheren Warnungen vor der unüberlegten Gründung neuer Gewerkschaftshäuser eindringlich zu wiederholen. Die Schaffung eigener Gewerkschaftshäuser ist keine lebenswichtige Notwendigkeit für die Gewerkschaftsbewegung. Mit dem eigenen Unternehmen laden sich die Ortsauschüsse und die ihnen angeschlossenen Gewerkschaften vielmehr eine schwere Last und eine Fülle von Sorgen auf, deren Überwindung so viel Kräfte und finanzielle Mittel erfordert, daß statt einer Förderung der Bewegung, eine ganze Reiztätigung Platz greift. Nichts vermag dieses Schicksal besser zu beleuchten als die Tatsache, daß die Gewerkschaftskollegen der Orte mit eigenen Gewerkschaftshäusern fast durchweg Jahr für Jahr bedeutende Extrabeiträge leisten müssen, um das Unternehmen sicher durchzubringen. Dazu die vielen unangenehmen geschäftlichen Erfahrungen, über die sich die Kollegen nur einmal bei den Geschäftsleitern unserer Gewerkschaftshäuser zu informieren brauchen. Die laufende Erhebung von Extrabeiträgen beeinträchtigt aber nicht nur die Finanzkraft der angeschlossenen Gewerkschaften, sondern beschränkt auch den Ortsauschüssen die Möglichkeit der Erfüllung ihrer eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben, weil die Beitragsleistung immer nur in Verbindung mit den Extrabeiträgen für das Gewerkschaftshaus bewertet wird. Hinzu kommen die unangenehmen Streitigkeiten in den Fällen, wo angeschlossene Ortsverwaltungen keine Möglichkeit mehr sehen, die dauernden Extrabeiträge für das Haus aus den laufenden Beiträgen bedenken zu können. Um deswillen müssen wir so streng darauf bestehen, daß bei den Beschlüssen über die Errichtung oder Erweiterung von Gewerkschaftshäusern Einmütigkeit innerhalb der angeschlossenen Verbände bestehen muß, und daß vor der Beschlußfassung den Verwaltungsverordnungen Gelegenheit gegeben wird, die finanzielle Auswirkung des Beschlusses ob seiner Tragbarkeit zu prüfen. Der Wunsch nach einem eigenen Gewerkschaftshaus darf nicht zu übereilten Beschlüssen führen, darf besonders nicht dazu verleiten, die Dinge rofliger zu malen, als sie sind. Immer müssen sich die Kollegen bewußt bleiben, daß sie die übernommene Last selbst zu tragen haben, und daß keine andere Stelle in der Lage ist, ihnen diese Last abzunehmen. Dringend bitten wir deshalb darum, daß die Ortsauschüsse unsere Warnungen beachten, da sie sich und der Bewegung damit den besseren Dienst leisten.

„Es ist doch sonderbar bestellt,
Sprach Fänschen schlau zu Vetter Frhen,
Daß nur die Reichen in der Welt
Das meiste Geld besitzen.“ Lessing.

Gedanken von Bannentals:

Das Volk ist unfähig, seine Interessen zu verstehen! Es sprechen eine Menge Heuchler, welche die Angelegenheiten des Volkes verstehen wollen, um sich von den Kräften desselben zu mästen.

Alle werden gleich geboren; keiner, der auf die Welt kommt, bringt das Recht zu herrschen mit.

Der Unterdrückter, der sich mit dem Namen der Freiheit deckt, ist der ärgste Unterdrückter.

Müssen die Arbeiterfrauen mehr Kinder gebären?

Der Minister für Volkswohlfahrt wies kürzlich im Preussischen Landtag auf das bedrohliche Sinken der Geburtenziffern hin. Der amtliche preussische Pressebericht geht auf dieses Problem in einer seiner letzten Nummern mit folgenden Worten ein: „Vor dem Kriege hatte das Deutsche Reich bei durchschnittlich jährlich 2 Millionen Geburten und 1,2 Millionen Sterbefällen einen jährlichen Geburtenüberschuss von rund 800 000 oder bis 14 je Tausend Einwohner. Im Jahre 1927 hatten wir nur noch

1 160 000 Geburten = 18,3 v. T.
 757 000 Sterbefälle = 12,0 v. T.
 403 000 Geburtenüberschuss = 6,4 v. T.

Der jährliche Überschuss der Geburten über die Sterbefälle ist somit auf die Hälfte des Vorkriegsstandes (von 800 000 auf 400 000 oder von 14 auf 6 v. T.) zusammengeschrumpft.“

In einer neuen erschienenen Schrift von Oberregierungsrat Dr. Burgdörfer „Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung“ wird ausgeführt, daß unser Geburtenüberschuss eine optische Täuschung ist. Auf Grund neuartiger, verfeinerter Untersuchungsmethoden gibt der Verfasser eine von den Zufälligkeiten des Altersaufbaues bereinigte Gliederung unserer wahren bevölkerungspolitischen Lage. Burgdörfer kommt zu dem Ergebnis, daß die Sterbeziffer nicht, wie sich nach der rohen Berechnung ergibt, 12 v. T., sondern 17,4 v. T. beträgt, während andererseits die Geburtenziffer von 18,3 bis 15,9 v. T. zusammenschrumpft. Hieraus ergibt sich nach Burgdörfer ein Defizit von 1,5 auf das Tausend der Bevölkerung statt des errechneten Geburtenüberschusses von 6,4 v. T. Mit anderen Worten: Die bereinigte Geburtenziffer bleibt im Durchschnitt des Reiches heute schon um rund 10 v. H. hinter dem zur bloßen Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderlichen Mindestmaß zurück. Das Geburtendefizit beträgt nach den Berechnungen Burgdörfers in Berlin bereits 57 v. H. und im Durchschnitt der deutschen Großstädte 42 v. H. Die Großstädte sind also nicht mehr in der Lage, ihren heutigen Bevölkerungsstand aus eigener Kraft aufrechtzuerhalten. Selbst die deutschen Mittel- und Kleinstädte haben ein Geburtendefizit aufzuweisen. Die Geburtenziffer der letzteren Gruppe bleibt unter den Geburtenziffern der Weltstädte Paris und London zurück. Nur die ländliche Bevölkerung weist noch eine Geburtenzunahme auf. Auf Grund dieser Tatsachen kommt Burgdörfer zu dem Ergebnis, daß in keinem Lande Europas seit dem Weltkrieg der Geburtenrückgang in so scharfem Tempo erfolgt ist wie in Deutschland.

Die Bevölkerungspolitiker sehen deshalb bezüglich der Zukunft des deutschen Volkes sehr trübe. Das arbeitende Volk dürfte darüber etwas anders denken. Vorläufig haben wir in Deutschland immer noch mit einer jährlichen Zunahme der Bevölkerung um 400 000 zu rechnen. Für diese Neuankünfte muß alljährlich Raum geschaffen werden. Der Arbeitsmarkt muß ebenfalls eine ständige Erweiterung erfahren. Die Arbeiterklasse begann in Deutschland nach dem Kriege ihre Nachkommenschaft zu rationalisieren. Sie ging denselben Weg, den die Besitzenden bereits seit Jahrzehnten eingeschlagen haben. Daraus darf man ihr keinen Vorwurf machen. Solange die Arbeitshände in Deutschland nicht alle beschäftigt werden können, solange ist das Problem des Geburtendefizits noch nicht in eine bedrohliche Entwicklungsstufe gerückt. Der Sauerleig in der Bewegung der Geburtenbeschränkung sind die Frauen. Die heutige Frau des arbeitenden Volkes lehnt es ab, lebendig Gebärmaschine zu sein, ohne Rücksicht darauf, ob der Nahrungsmittelbedarf insgesamt und die kulturellen Verhältnisse jeder Familie dies gestatten. Wenn die Damen der sogenannten „Gesellschaft“ mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Kinder in die Welt setzen, dann ließe sich über eine stärkere Betätigung auch auf diesem Gebiete reden. Soll die Arbeiterklasse den drohenden Untergang des deutschen Volkes durch Geburtenhäufigkeit verhindern, dann kann dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß der Lebensstandard eine wesentliche Besserung erfährt.

Der Tod der Neugeborenen

Die Säuglingssterblichkeit ist seit dem Jahre 1913 gefallen, doch hat demgegenüber die Sterblichkeit im ersten Lebensmonat eine Zunahme erfahren. Einzeluntersuchungen dieses ersten Lebensmonats hinwiederum haben bewiesen, daß diese Zunahme der Säuglingssterblichkeit vor allem die ersten fünf Tage betrifft. Die Zunahme der Säuglingssterblichkeit in den ersten fünf Tagen ist so groß, daß die Abnahme in dem restlichen Teile des Monats nicht zum Ausdruck kommt.

Damit hängt der Säuglingstod in ganz besonderem, auffallendem Maße mit dem Geburtsprozeß selbst zusammen. Den Geburtsprozeß aber steht, so ist erwiesen, zum wesentlichen Teile unter den Gefahren der dreifachen Belastung der Frau mit Berufsarbeit, Hauswirtschaft und Schwangerschaft. Eine Besserung der sozialen Lage der Frau würde damit die traurige Tat-

sache aus der Welt bringen, daß in dieser Zeit der allgemeinen Erhöhung des Lebensalters durch moderne Hygiene und der allgemeinen Herabminderung der Säuglingssterblichkeit dennoch „die Lebensausichten der Kinder vor, während und nach der Geburt seit dem Jahre 1911 wesentlich schlechter geworden sind“.

Erschwerend kommt eine andere Tatsache hinzu, die sich ebenfalls aus den sozialen Lebensbedingungen unserer Zeit ergibt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen ein Heiraten in jüngeren Jahren nicht mehr wie früher zu. Oder wenn die Heirat erfolgt, dann wird aus den Notverhältnissen unserer Zeit mit dem ersten Kinde gewartet. So hat das Alter der zum erstenmal gebärenden Frauen eine wesentliche Zunahme erfahren. In Wien ist dieses Alter z. B. in den letzten vier Jahren von 24,4 auf 26,8 gestiegen. Damit ist aber die oberste Grenze des für die erste Geburt glünstigen Alters erreicht. Die Erstgeborenen sind jedoch den Einwirkungen der Geburt in höherem Maße ausgesetzt als die späteren Kinder, und zwar um so mehr, je älter die Erstgebärenden sind.

Damit werden wir die bedauerliche Tatsache der hohen Sterblichkeit der Neugeborenen behalten, wenn nicht durch eine Besserung der sozialen Lebensbedingungen der Frau und der Familie eine Änderung der Verhältnisse herbeigeführt wird, durch die diese hohe Sterblichkeit der Neugeborenen entsteht.

Ohne Kommentar

In einer einzigen Fabrik, deren Belegschaft aus 6500 Frauen bestand, wurden von der Betriebskrankenkasse gemeldet für das Jahr 1927 an Geburten 148, an Fehlgeburten 724. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine große Zahl von Arbeiterinnen das Fehlen bei Fehlgeburten verheimlicht und die Tatsache somit der Betriebskrankenkasse nicht bekannt wird.

Univ.-Staatsprofessor Diepmann errechnete, daß jährlich in Deutschland 44 000 Frauen infolge von Fehlgeburten sterben. Diese Zahl könnte ganz erheblich gesenkt werden, wenn Ärzte die Fehlgeburten einleiten und beaufsichtigen dürften. Dazu fehlt die gesetzliche Erlaubnis.

Wir sind umgezogen

Lange wohnen wir zusammen in einem Hause, wir und die anderen. Wir sahen uns oft und sprachen uns oft und waren stets freundlich.

Doch die Wohnung, pehnt uns nicht. Wir mühten sie wegzulassen, und fanden mit Mühe eine andere. Wir zogen um.

Doch als wir Abschied nahmen von unseren Wohngegnossen im alten Hause, da lernten wir uns erst richtig kennen. Wir waren doch mehr zu Freunden geworden, als wir dachten. Und menschlich standen wir uns viel näher, als wir glaubten. Und über Schwächen sahen wir jetzt hinweg. Und wir verstanden die anderen nun in so manchem. Es waren doch Menschen wie wir. Und da dachten wir, wie wir Menschen doch alle viel menschlicher zueinander wären, wenn wir uns kennen würden. Aber das Hasten jagt uns aneinander vorbei. Und der Kampf um den Tag läßt uns zum Menschlichen so wenig Ruhe. Und so sind wir entwürzelt dem großen Gemeinsamen, Bindenden, Einen und merken es kaum.

Ruhe und Kultur

Rund 12 Millionen Frauen sind heute erwerbstätig, und von diesen 12 Millionen erwerbstätigen Frauen sind zwei Fünftel verheiratet. Millionen Frauen sind also der Doppelbelastung der Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Kindererziehung ausgesetzt.

Da ist die Erleichterung der Haushaltsarbeit eine überaus bedeutsame soziale Aufgabe. Mit der praktischen Einfügung der Küche in die Wohnung und der kleinen Abmessung der Wege, die da täglich zwischen Herd und Schrank und Tisch und Wasserleitung zurückzulegen sind, ist es nicht getan. Ohne die Technisierung des Haushalts wird die Erleichterung nicht errungen.

Zur Technisierung aber gehört elektrische Kraft, und die ist teuer, und für sie sind die Einkommensverhältnisse, wie wir sie in Deutschland haben, zu schief.

In Amerika, wo andere Einkommensverhältnisse andere Kulturverhältnisse ermöglichen, da hat auch die elektrische Kraft trotz hoher Tarife ganz anders als bei uns ihren Einzug in die Wohnung gehalten.

In Minneapolis hat man die Verbraucher elektrischer Kraft in fünf Gruppen eingeteilt, und zwar nach dem Einkommen, und da hat man gefunden, daß in dieser amerikanischen Stadt selbst in der ärmsten fünften Gruppe noch jede vierte Familie einen elektrischen Staubsauger hat, und daß unter 100 Familien dieser ärmsten fünften Gruppe 81 sind, die ein elektrisches Fräseisen besitzen. So haben auch elektrische Maschinen für die Küche und die elektrische Nähmaschine dort eine ganz andere Verbreitung als bei uns in Deutschland.

Weil unsere Einkommensverhältnisse noch so ungenügend sind, darum sind täglich bei uns 19 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigte Menschen in Arbeit tätig, die durch elektrische Kraft wesentlich erleichtert werden kann, und unter diesen 19 Millionen hauswirtschaftlich beschäftigten Menschen sind rund 5 Millionen Frauen, die außerdem noch erwerbstätig sind. Und weil unsere Einkommensverhältnisse noch so ungenügend sind, darum werden Millionen von Arbeitsstunden, die für andere Aufgaben, für Bildung, für Erziehung der Kinder, für Erholung und Naturgenuss zu verwenden sind.

Nur aus dem Sozialen heraus kann die Kultur wachsen.

Wolleide

Es gelingt den Menschen immer mehr, in die Herrschaftsgebiete der Natur einzudringen. Natürliche Rohstoffe werden durch künstliche ersetzt. Auf dem Gebiete der Kleidung hat die Kunstseide zu kaum geahnten Resultaten geführt. Jetzt wird gemeldet, daß die Zellstofffabrik Mannheim-Waldhof eine spinnfähige Faser unter dem Namen Wolleide herausbringt. Man hofft, ein Wolleidegarn zu erzielen, das von gleicher Feinheit und Gleichmäßigkeit wie die Kunstseide ist und auch so billig wie diese hergestellt werden kann. Die Wolleide soll nur halbsoviel als das Naturprodukt aus Schafwolle kosten. Es kann mit Wolle und Baumwolle verarbeitet werden. Die aus dieser Wolleide hergestellten Stoffe sollen sich sehr gut bewähren. Sie sind waschbar, leicht zu färben und zu reinigen und sollen allen Anforderungen entsprechen, die an sie gestellt werden. Da die Großproduktion jetzt aufgenommen werden soll, kann man diesen Versuchen, eine neue künstliche Stoffart zu finden, mit Interesse entgegensehen.

Der Gelegenheitskauf

Von Jo Hanns Köster.

Saisonverkauf bei Scheuber & Ramsch.
 Kommt ein Kunde:
 „Sie haben Kusserkauf?“
 „Ja, dienen. Selten günstige Gelegenheit. Einmal im Jahr. Alles unter Einkaufspreis. Kommen und kaufen. Bis 50 Prozent ermäßigt.“
 „Zeigen Sie mir etwas mit 50 Prozent Rabatt!“
 „Bringt ihm Scheuber einen verschossenen Teppich. Der Kunde nimmt den Teppich.“
 „Scheuber wickelt den Teppich in eine Tüte.“
 „Der Kunde marschiert an die Kasse.“
 „An der Kasse hat Ramsch.“
 „Was, nach Wunsch belassen?“
 „Wehr der Kunde ab.“
 „Danke. Habe schon. Mit fünfzig Prozent.“
 „Nicht Ramsch den Zettel.“
 „Ah — einen Teppich — ein selten schönes Stück. Wirklich ein Gelegenheitskauf!“
 „Frägt der Kunde.“
 „Kleintentner haben doch bei Ihnen zehn Prozent Rabatt?“
 „Meint Ramsch.“
 „Gewiß!“
 „Frägt der Kunde.“
 „Stammkundenschaft hat bei Ihnen zehn Prozent Sonder-rabatt?“
 „Meint Ramsch.“
 „Gewiß!“
 „Frägt der Kunde.“
 „Bei Barzahlung zehn Prozent Kassenskonto?“
 „Meint Ramsch.“
 „Gewiß!“
 „Frägt der Kunde.“
 „Als Verwandter Ihres ehemaligen Bureaufräuleins zehn Prozent Personalarbeit?“
 „Meint Ramsch.“
 „Gewiß!“
 „Sagt der Kunde.“
 „Und dann bin ich noch in der Freizeitspartei, im Hausbesitzklub, im Sparverein, im Hausherrenverband und im Schützenklub. Macht gemäß Ihren Inferaten fünfmal fünf Prozent. Dazu viermal zehn Prozent sind zusammen fünf- undsechzig Prozent. Dazu fünfzig Prozent Kusserkaufsnach-lag sind zusammen hundertfünfzig Prozent.“
 „Meint Ramsch.“
 „Bitte sehr. Sie bekommen noch zehn Mark heraus. Hier ist der Teppich. Vielen Dank. Beehren Sie mich bald wieder. Guten Tag!“
 „Der Kunde marschiert ab.“
 „Bleibt plötzlich stehen in der Drehtür.“
 „Kommt nochmals zurück.“
 „Und fragt.“
 „Rabattmarken geben Sie nicht!“

Humoristisches

Familie

„Na, Peterchen, was habt ihr zu Weihnachten gekriegt?“
 „Ich einen Anzug, eine Luftpistole, ein Krotenspiel, ein Markenalbum.“
 „Und Schwesterchen?“
 „Einen Nähkasten, ein Zweirad, ein Kaspertheater, einen Puppenwagen.“
 „Und Mutter?“
 „Einen Stumpspel, drei Hüte, ein Platinarmband.“
 „Und Vater?“
 „Dem sind seine Hosen gebügelt worden.“

Aus den Zahlstellen

Dresden, Generalversammlung am 26. März 1929. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhte die Versammlung die im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Anschließend gedachte Kollege Täubrich des am 7. März verstorbenen Vorstehenden des Deutschen Buchdruckerverbandes, Kollegen Joseph Seig, in anerkennenden Worten. Kollege Herrmann gab den Geschäftsbericht. Das Gewerbe stand bis zum Herbst in einer gewissen Hochkonjunktur, die ablaufend zum Stillstand kam und kurz vor Ende des Jahres zu einem starken Rückgang ansetzte. Der Verkauf dieses Rückganges zeigte sich nicht einheitlich auf alle Betriebe verteilt. Die Arbeitslosigkeit ist schärfel in die Höhe und wies einen Stand auf wie nie zuvor. Redner ging des besseren Verständnisses halber auf die Verhältnisse im Weltmarkt ein und zeigte auch die politische Seite in bezug auf die in unserem und anderen Gewerben bestehenden Krisen. Der Arbeitsmarkt ist auch in unserem Gewerbe stärkeren Schwankungen ausgesetzt als in der Vorkriegszeit. Trotz dieser Verhältnisse waren die Produktionsergebnisse besonders günstig. Für unsere Organisation war das Jahr 1928 ein Kampfsjahr. Die Löhne konnten durch die Kraft der Gewerkschaften zugunsten der Mitglieder eine Steigerung erfahren. Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Nachrichten und Lebenshaltungstabelle ist unvollkommen im Vergleich zur Wirklichkeit und berücksichtigt nur die bescheidensten Ausgaben. Diese Zahlen bedeuten oft bei Lohnverhandlungen nur ein Hindernis. Auf die Lohnpolitik des vergangenen Jahres eingehend, schärfelte Kollege Herrmann die enormen Schwierigkeiten mit dem Unternehmertum in allen Sparten der Organisation. Der Verkauf des Kohlenpreises im Buchdruckgewerbe ist bekannt. Das Hilfspersonal der Buchdruckereien hat ein Kampfsjahr ersten Ranges hinter sich. Jahrelang stand diese Gruppe unter dem Tarif der Steinbrückerarbeiter. Durch Schiedspruch des sächsischen Landesrichters Haak dem Metallarbeiter tarif unterstellt, kämpften die Beschäftigten trotz verbindlich erklärtem Spruch um die Anerkennung des alten Tarifes. 150 Mitglieder stellten sich außerhalb der Organisation und erzwangen nach kurzer Zeit ihre Forderungen. Die dabei geübte Solidarität und der Kampfeswille waren vorbildlich zu nennen. Die Kollegenhaft der Weisner Buchdruckbetriebe folgte nach und errang sich Vorteile gegenüber der früheren Bezahlung. Im dritten Abkommen für Stein- und Lithdruck wurde eine Zulage von 7 Proz. herausgeschafft und die Differenz zwischen den Ledigen und Heirateten um 1,50 M. ausgeglichen. Die Sparte Schriftsatz erzielte auf dem Verhandlungswege in Berlin eine Zulage von 8 Proz., die zentral über das ganze Reich geregelt ist. So muß festgestellt werden, daß die Gewerkschaftsleistung in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse es auch im vergangenen Jahr verstanden hat, die Belange ihrer Mitglieder zu vertreten und besonders die materielle Seite in langwierigen Verhandlungen mit dem Unternehmertum zu verbessern. Weiter konnte durch Verhandlungen und Klagen in sieben Firmen (Hausdruckereien) der Reichstarif für das Buchdruckgewerbe eingeführt werden. Der Reichstarif für unsere Mitglieder, besonders vor den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten, stellte große Anforderungen an die Verwaltung. Das Arbeitsgericht wurde in 25, das Landesarbeitsgericht in zwei Fällen in Anspruch genommen. Dabei wurden zugunsten der Mitglieder 1760 M. erstritten. Auch im Bau der Gulleiter in zahlreichen Klagen als Vertreter amgehend. Trotz guter Auffklärung in arbeitsrechtlichen Dingen durch das allmonatlich erscheinende Mitteilungsblatt müssen wir immer wieder feststellen, daß Mißverständnisse von Mitgliedern geleistet werden, wodurch sie sich oftmals um große Summen schädigen. Dem Versammlungs- und Bildungswesen wurde die größte Beachtung entgegengebracht. Es wurden abgehalten in den Versammlungen Vorträge, Lichtbilder, Vorträge, Kurse, Beschäftigungen von Betrieben und Besuche von Museen. Es fanden ferner statt eine gewerkschaftliche Freizeitsunde und eine Weihnachtfeier. Delegationen wurden entsandt zur Heimvolkshochschule Tinz, zur Betriebsrätschule und zu allen im Jahre stattgefundenen Wochenendtagungen der Gewerkschaftsjugend. Vier Kollegen feierten ihr 25jähriges Verbandsubiläum. Weitere vier Kollegen und eine Kollegin traten in den Genuß der von dem Verbandstag beschlossenen Invalidenunterstützung. Kollege Herrmann berichtete weiter über den Gau V. Dieser umfaßt 32 Zahlstellen, davon wurden im Berichtsjahr zwei neu gewonnen. Das Verbandsleben war ein äußerst reges. 49mal war die Anwesenheit des Gulleiters in den einzelnen Zahlstellen nötig. Am Schlusse des Jahres hatte der Gau V. einen Bestand von 929 männlichen und 2761 weiblichen Mitgliedern einschließlich der Zahlstelle Dresden. Kollege Täubrich gab den Kasienbericht. Die Krankenstatistik beweist, in welcher hohen Maße gerade unsere weiblichen Mitglieder beteiligt sind. Die Anforderungen, die man in den Betrieben an diese stellt, sind dazu angetan, schwere Erkrankungen der Interleoborgane durch Heben großer Lasten herbeizuführen. Auch Berufskrankheiten sind oft die Ursache langen Krankentages. Die Gesamtmaßnahmen belaufen sich im Jahr auf 118 817,59 M., die Gesamtausgaben auf 45 657,21 M. Es wurden 98 886 Beitragsmarken umgelegt. Im Durchschnitt pro Mitglied wurden 49 Beiträge im Jahr geleistet. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 515 männliche, 1443 weibliche, zusammen 1958 Mitglieder. Davon sind 846 im Buchdruck, 1063 im Steindruck und 49 im Schriftsatz beschäftigt. Die Ortsliste war auch im Berichtsjahr starken Anforderungen ausgesetzt. Es wurden Notstandsunterstützungen in Höhe von 1973,75 M. ausbezahlt. 174 Mitglieder wurden in einer Weihnachtfeier beschenkt. Die Ausgaben beliefen sich auf 2216,70 M. Zum Neubau des Volksbades wurden bis zum Jahreschlusse 4000 M. überwiesen. Kollege Täubrich wies besonders darauf hin, daß trotz dieser Belastung ein Fortschritt verzeichnet werden kann, und dankte besonders der Ortsverwaltung und den Funktionären für die geleistete Hilfe. Beide Berichte wurden ohne Aussprache angenommen. Einstimmig nahm die Versammlung einen Antrag aus der Mitte der Versammelten an, der den Angestellten und der Ortsverwaltung das volle Vertrauen für ihre geleistete Tätigkeit im Berichtsjahre ausspricht. Weiter wurde ein Antrag gegen eine Stimme angenommen, zum Zwecke der Bildungsmöglichkeiten bei Mitgliederveranstaltungen Theaterkarten unter den Teilnehmern zu verkaufen. Um die Angestellten frei zu machen für Agitation und Bildungsarbeit sowie die starke Überlastung in Bureauarbeiten herabzumindern, wurde ein Antrag der Ortsverwaltung und der Vertrauenspersonen auf Einstellung einer Bureaukraft gegen fünf Stimmen zugestimmt.

Es wurden vier Mitglieder aus der Versammlung und vier Mitglieder aus der neuen Ortsverwaltung als Anstellungs-Kommission bestimmt. Die angelegten Wahlen des ersten Vorsitzenden der Ortsverwaltung und Revisionskommission vollzogen sich glatt. Kollege Herrmann wurde einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Ebenso die Revisionskommission, da andere Vorschläge nicht gemacht waren. Die Wahl der Ortsverwaltung zeigte folgendes Ergebnis: die Kollegen Oskar Hausmann, Janis Krufe, Bruno Menzel, Arno Taubert, Oskar Nädler, Richard Heistermann, Artur Franz, Paul Höppler und die Kolleginnen Lina Wolf und Martha Klein. Die Revisionskommission besteht aus den Kollegen Max Thüroß, Max Dill und den Kolleginnen Charlotte Schwartz und Elsa Kern. Die neue Ortsverwaltung wählte als zweiten Vorsitzenden der Zahlstelle Dresden den Kollegen Täubrich, als Kartellbelegierte für das Dresdner Kartell die Kollegen Herrmann, Franz und Täubrich, für das Kartell Pirna den Kollegen Paul Höppler. Nach einer Begründung durch den Kollegen Herrmann wurde beschlossen, das Abkommen für das Stein- und Lithdruckgewerbe zu kündigen. Unter „Beschriebenem“ verweise Kollege Täubrich auf die Reichs-Infallserhaltungswoche und erhalte, den am 3. März im A.-Z. Lichtspielhaus lausenden Film der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft recht zahlreich zu besuchen. Kollege Franz erhalte die Anwesenden, sich an den jetzt stattfindenden Betriebsrätschulen zu beteiligen, kein Betrieb dürfe ohne Betriebsrat sein. Die Agitation für die Wahlen zum Betriebsrat ist gewerkschaftliche Pflicht, der sich kein Mitglied entziehen darf. Hierauf konnte die vorbildlich verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

Beipzig, laut Beschluß der Funktionärstagung vom 13. Februar 1929 wurde infolge der strengen Kälte davon abgesehen, unsere diesjährige Jahresversammlung in der üblichen Weise abzuhalten. Dafür fand eine erweiterte Funktionärstagung statt. Nach eingehender Begründung dieser Maßnahme erfolgte die Feststellung der anwesenden Firmenvorteiler. In Verbindung hiermit wurde beschlossen, die nicht erschienenen Funktionäre im nächsten Mitteilungsblatt zu veröffentlichen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder. Ein ausführlich gedruckter Jahresbericht war jedem Funktionär bereits länger als eine Woche vor Stattfinden der Versammlung ausgeschrieben worden. Antragsgemäß wurde deshalb von einem mündlichen Bericht abgesehen. Kollege Wolfen brachte die Wünsche und die Schmerzen unserer inwaliden Mitglieder zum Vortrag, die ihm während des vergangenen Geschäftsjahres dauernd geflakt worden sind. Es handelt sich hierbei um diejenigen, die von der statutarischen Invalidenunterstützung durch die Hauptkasse ausgeschlossen sind, infolge der nicht erreichten Anzahl der notwendigen Beiträge. Die Versammlung erteilte der Verwaltung Vollmacht, in besonderen Fällen durch Notstandsunterstützungen helfend einzugreifen und dadurch das Los der Invaliden einigermaßen zu verbessern. Der Kollege Springer bemängelte die im letzten Jahre stattgefundenen geselligen Veranstaltungen. Er führte aus, daß es für eine Zahlstelle wie Leipzig unwürdig sei, Nachausflüge mit Schweinefleisch zu veranstalten und dadurch den Wirten das Geld zuzuführen. Unsere Veranstaltungen müßten mehr dem proletarischen Charakter angepaßt werden. Er beantragte deshalb, eine Kommission zu wählen, welche die Verbandsarbeit im laufenden Geschäftsjahr zu erleichtern hat. Kollege Beyer wies darauf hin, daß ja nicht nur der von der Leipziger Kollegenhaft allgemein beliebt und verlangte Nachausflug unternommen wurde, sondern auch Veranstaltungen anderer Art, wie sie der Kollege Springer wünscht, stattgefunden haben, sie wiesen aber trotz künstlerischer Befehung den denkbar schlechtesten Besuch auf. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Gewählt wurden die Kollegen: Richard Springer, Johannes Diebel, Georg Seifert, Felix Lindner, Hilde An. Ein weiterer Antrag der Verwaltung ging dahin, das Sterbepengal zu erhöhen, da der jetzt bestehende Betrag in der Höhegrenze von 60 M. den Verhältnissen nicht mehr angepaßt ist. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, die Sterbepengalung so zu erhöhen, daß als Höchstbetrag 120 M. bei einem Sterbefall zur Auszahlung kommen. Ein weiterer Antrag von der Kollegenhaft aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die Restanten im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, wurde nach längerer eingehender Aussprache dem Vorstand zur weiteren Beratung überwiesen. In der nächsten Mitgliederversammlung soll hierüber nochmals Bericht gegeben werden. Die Revisoren beantragten, den Kassierern 4 Proz. des Umlages der Hauptkasse als Mantelgehalt zu bewilligen, ebenso den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern sowie Jugendleitern 30 M. als Anerkennung für ihre geleistete Tätigkeit im vergangenen Geschäftsjahr. Hierzu wurde von der Verwaltung der Antrag gestellt, den Revisoren ebenfalls eine Entschädigung von 30 M. sowie den Schriftführern für jedes geschriebene Protokoll 1 M. zu bewilligen. Diese Anträge wurden ohne Aussprache einstimmig angenommen. Da Bücher und Kasse in besserer Ordnung gefunden, wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Aber die nunmehr vorzunehmende Wahl des neuen Geworftandes wurde beschlossen, diese wie im Vorjahre bezirksweise vorzunehmen, da nur so eine einigermaßen gute Wahlbeteiligung zu erwarten ist. Die Wahl selbst fand am 27. Februar 1929 in neun Bezirken statt. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Kurt Grinthal, Otto Rogland, Georg Stamm, Max Süß, Oswald Schmidt, Georg Dähnert, Anna Koh, Martha Gehrmann, Ida Kallig, Fergand Fröh, Bertha Langhöf, Elsa Böhlmann, Walter Willig, Bernhard Höhn, Paul Althoff, Olga Unger, Johannes Diebel, Gertrud Trätmar, Klara Göhe, Elsa Wuitte. Als Revisoren wurden vorgeschlagen: Otto Thielemann, Hilde An, Otto Hesse, Georg Seifert, Richard Sidam, Paul Jähner, Johannes Thomein. Zur Durchführung der Wahl wurde eine 24gliedrige Kommission gewählt. Die Wahl selbst ist auf die Zeit von 16 bis 18.30 Uhr festgesetzt worden. Am Schluß der Versammlung wies der Kollege Beyer auf die zunehmende starke Arbeitslosigkeit hin unter besonderem Hinweis auf die Vermittlungen speziell unserer Kolleginnen, die infolge der kurzfristigen Arbeitsgelegenheiten fast wie Gelegenheitsarbeiter anzusehen sind. In dieser Frage soll mit dem Arbeitsamt eine Fachausprüfung beantragt werden, um eine Besserung herbeizuführen zu können. Nachdem Kollege Schmidt die bei manchen Funktionären bestehende irrtümliche Auffassung, daß bei Ausfällen keine Beiträge gezahlt zu werden brauchen, richtiggestellt hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hundschau

Der Reichsarbeitsminister als Ehrendoctor. Dem Reichsarbeitsminister Wiffel ist zu seinem 60. Geburtstag von der Universität Kiel der Ehrendoctor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät verliehen worden. Zu der Urkunde heißt es u. a.: „Seine Ehrung gilt ... dem Sohne des Volkes, der in jähem Ringen zur Führung emporstieg, dessen Denken und Handeln darauf gerichtet ist, durch organische Wirtschaftserneuerung die Idee einer Gemeinschaft aller Schaffenden zu verwirklichen.“ Eine solche Ehrung, wie sie dem Genossen Wiffel zu seinem 60. Geburtstag zu teil wurde, beruht letzten Endes auf dem Vertrauen der Millionen Hand- und Kopfarbeiter. Wir hoffen zuversichtlich, daß dieses Vertrauen auch in Zukunft durch energisches Eintreten des Reichsarbeitsministers für die Rechte der Arbeiter und Angestellten erhalten bleibt.

Sprachkurse für Arbeiter in Berlin. Anfang April beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre; Fremdwortkunde, „mir oder mich“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen. Zur Dedung der Ankosten wird für einen Vierteljahreskursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbssolte Kollegen zahlen 6 M. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden in folgenden Stadtteilen abgehalten: Norden, Wedding, Osten, Neutölln und Westen. Kollegen mit fremdsprachlichen Vorkenntnissen können entsprechenden Kursen für Fortgeschrittene beitreten. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule, Berlin SW 57, Jietenstraße 6a.

Warum nicht Musiker? Unter diesem Stichwort wendet sich der Deutsche Musikerverband in einem Flugblatt gegen die leistungsfähige Erziehung des Musikerberufes. Die Zukunftsaussichten des Musikerberufes sind im Hinblick auf die fortschreitende Mechanisierung der Musik nicht besonders günstig. Voraussetzungen werden zukünftig weit mehr noch als jetzt schon nur außerordentlich befähigte und allerbestens ausgebildete, also auch den höchsten künstlerischen Anforderungen gewachsene Kräfte im Musikerberuf eine erträgliche Existenz finden können. Deshalb sollten Eltern, Vormünder, Lehrer, Berufsberater, aber auch die vor der Schulentlassung stehende Jugend selbst sich nicht so ohne weiteres für die Erwerbung des Musikerberufes entscheiden, zumal leider wirklich empfehlenswerte Ausbildungsmöglichkeiten für Berufsmusiker nur wenig vorhanden sind. Näheres ist aus dem Flugblatt zu erfahren, das bei den Berufsberatungsämtern zu erhalten ist.

Literatur

Bandbuch für Betriebsräte in Gemeinde- und Staatsbetrieben. Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Das Bandbuch enthält die arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen sowie die zu den einzelnen Bestimmungen bisher vorliegende Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts. Redaktionen sollen in manchen Fragen die Zulammenhänge erläutern. Das Bandbuch kostet für Gewerkschaftsmitglieder 2,00 M. sonst 4 M.

Verbandsrecht. 1. Teil v. Wilhelm Kall. Steuererleichterung und Unfallausgleich. Die Schrift ist zum Preise von 20 Pf. durch den Verlag J. G. B. Dieckmann, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Zahlstelle Crimmitschau

Am Sonnabend, dem 6. April, findet im „Schönenhaus“ unser 27jähriges Stiftungsfest bestehend aus Konzert und Ball, statt, wozu alle Mitglieder und ihre werten Angehörigen recht herzlich eingeladen sind. Eintrittskarten sind zum Preise von 75 Pf. bei allen Funktionären sowie am Saaleingang zu haben. — Anfang 8 Uhr. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Gesamtvorstand. Kurt Bräutigam (1. Vorf.).

Anlässlich meines 25jährigen Verbandsubiläums find mir von der Verbandsleitung und der gesamten Mitarbeiterhaft der Firma „Dresdener Nachrichten“ sowie auch anderen geschätzten Verbandskollegen sowie ehrende Glückwünsche und schöne Geschenke zuteil geworden, die mich alle hocherfreut haben. Ich sage hiermit allen meinen herzlichsten Dank. Antonie Mähle (Zahlstl. Dresden).

Nach kurzem, schwerem Leiden verstarb im 68. Lebensjahre unser verehrter Direktor Herr Dr. D. Jolles Sein allseitig beliebtes Wesen sichert dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken. Das Personal der Schriftgescherei S. Berthold A.-G., Berlin.

In den beiden letzten Nummern der „Solidarität“ find die Beitragswochen unrichtig wiedergegeben. Der Verbandskassierer bringt nachstehend die richtigen Angaben: Für die Woche vom 3. bis 9. März ist die Beitragsmarke in das 10. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben. Für die Woche vom 10. bis 16. März ist die Beitragsmarke in das 11. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben. Für die Woche vom 17. bis 23. März ist die Beitragsmarke in das 12. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schulze, Charlottenburg, Weierstraße 10, Berlin; Amt Berlin 1929. — Verlag: S. Vöckel, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmb. & Co., Berlin SW 61, Dreibrünnstraße 6.